

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Juni - 2024

Ausgabe 10

75 Jahre Recht und Freiheit



Bildquelle: Adobe Stock / U. J. Alexander
und Adobe Stock / Wolfgang Jürgstorf



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



14

MENSCHENRECHTE – AUCH FÜR DEUTSCHE



20

KULTURKAMPF IN UNSEREN STÄDTEN

- 3 **VORWORT**
- 4 **GRUNDGESETZ UND RECHTSSTAAT VERPFLICHTET**
Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag widersetzt sich allen Versuchen, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in einen Gesinnungsstaat zu transformieren
- 8 **75 JAHRE GRUNDGESETZ**
Deutschland steckt derzeit auch in einer Grundrechtskrise. Die AfD-Fraktion zeigt auf, wie die Demokratie durch behutsame Reformen des Grundgesetzes gestärkt werden kann
- 12 **TOURISMUSPOLITIK AUF ABWEGEN**
Kaum eine Branche hatte in den vergangenen Jahren so stark mit politischer Gängelung zu kämpfen wie die Tourismusbranche. Die AfD-Fraktion zeigt die Missstände auf
- 14 **MENSCHENRECHTE- AUCH FÜR DEUTSCHE**
Deutsche Staatsbürger werden ungeniert verunglimpft, ohne dass sich Politik und Medien darüber empören. Die AfD-Fraktion will das ändern.
- 18 **DEUTSCHLAND LIEFERT SICH SELBST AUS**
Mit dem Lieferkettengesetz entsteht ein enormer Schaden für die deutsche Wirtschaft. Wie es anders gehen kann und dennoch Menschen geschützt werden, zeigt die AfD-Fraktion
- 20 **KULTURKAMPF IN UNSEREN STÄDTEN**
Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – so gehen Politik und Medien mit der Herausforderung eines »Kalifats« in Deutschland um. Die AfD-Fraktion will nicht tatenlos zusehen und spricht Klartext
- 24 **WIRKSAME MITTEL GEGEN POLITIKVERDROSSENHEIT**
Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, Petitionen mehr Gewicht zu verleihen
- 26 **AUFSTEIGENDE GROSSMACHT**
Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert ein



Ampel mit Totalschaden

Seit bald drei Jahren regiert die Koalition aus SPD, Grünen und FDP Deutschland. Inzwischen fragen sich immer mehr Menschen, wann unser Land endlich wieder aus dem Krisenmodus kommt und vernünftig regiert wird. Denn die Probleme in Deutschland sind nicht kleiner, sondern größer geworden: Die Deindustrialisierung nimmt mittlerweile bedrohliche Ausmaße an, die Migrationskrise ist zum Dauerzustand geworden – und eine Lösung ist noch immer nicht in Sicht. Gleichzeitig werden die ideologische Transformation unserer Gesellschaft durch das sogenannte »Selbstbestimmungsgesetz« und das geplante »Demokratiefördergesetz« zur Alimentierung vornehmlich linker Organisationen sowie deren Spaltung mittels einer als »Kampf gegen rechts« getarnten Kampagne weiter vorangetrieben.

Die Europawahl Anfang Juni dieses Jahres hat eindrucksvoll gezeigt, was die Wähler von der Ampel halten: Die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz hat ihren Rückhalt in der Bevölkerung endgültig verloren. Für uns als Oppositionskraft im Deutschen Bundestag bedeutet das, jetzt nicht nachzulassen und die Fehler und Versäumnisse der Bundesregierung weiterhin schonungslos offenzulegen.

In dieser Ausgabe von Fraktion Kompakt, die im Zeichen des 75. Geburtstags unseres Grundgesetzes steht, zeigen wir eine kleine Auswahl unserer Positionen und parlamentarischen Initiativen aus den vergangenen Wochen und Monaten. Wir machen damit deutlich: Eine alternative Politik ist möglich – im Interesse Deutschlands und seiner Bürger.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender

JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**.

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post in einem neutralen Umschlag.



Grundgesetz und Rechtsstaat verpflichtet

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag widersetzt sich allen Versuchen, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in einen Gesinnungsstaat zu transformieren

75 Jahre! Die Bundesrepublik Deutschland und ihr staatsrechtliches Fundament, das Grundgesetz, feiern in diesem Jahr einen beeindruckenden Geburtstag. Der berechtigte Stolz und die Freude darüber werden dennoch getrübt: Die beiden Jubilare sind nicht in der besten Verfassung.

Die Migrationskrise ist nach einem Jahrzehnt der »Herrschaft des Unrechts« durch eine Kaskade politischer Fehlsteuerungen mehr denn je außer Kontrolle. Millionenfacher Asylmissbrauch und unkontrollierte Massenmigration in die Sozialsysteme zerrütten die soziale Sicherheit und den inneren Frieden.

Dutzende Messerangriffe und mehr als zwei Gruppenvergewaltigungen täglich – auch durch den Filter offizieller Statistiken sind die Zahlen alarmierend und stehen exemplarisch für die explodierende Zuwandererkriminalität. Der Messermord von Mannheim an einem jungen Polizeibeamten, dem der versuchte Mord an dem bekannten Islamkritiker Michael Stürzenberger vorangegangen war, führte den Ernst der Lage noch einmal deutlich vor Augen.



Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat die Gefahren von Massenmigration und Islamisierung frühzeitig erkannt und thematisiert. Sie hat in den sieben Jahren ihres Wirkens in der Volksvertretung der Deutschen nicht nur unermüdlich Anfragen gestellt, Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht und auf unbequeme Tatsachen und Missstände hingewiesen, sondern auch nachdrücklich die Möglichkeiten einer realistischen Migrationswende aufgezeigt und ein effektives Vorgehen gegen islamistischen Terror eingefordert.

Umgestaltung der deutschen Bevölkerung

Hartnäckig haben die anderen Fraktionen unsere Vorschläge pauschal verworfen – auch die Unionsfraktion, die sich heute so präsentiert, als hätte sie mit der außer Kontrolle geratenen Migrationskrise in unserem Land nichts zu tun. Tatsächlich aber stützten, förderten und propagierten CDU und CSU die Merkel'sche »Willkommens«-Politik von Anfang an. Längst hat der politisch gewollte Kontrollverzicht Dimensionen erreicht, die auf eine Umgestaltung der deutschen Bevölkerung hinauslaufen.

Höhere Sozialleistungen, erleichterte Aufenthaltsgewährungen, großzügige Familienzusammenführung und der faktische Verzicht auf Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung gegen all jene, die durch illegale Einreise, Sozialmissbrauch, kriminelle oder extremistische Aktivitäten ihr Gastrecht verwirkt haben, locken Jahr für Jahr Migranten in einer Anzahl an, die der Bevölkerungsgröße von deutschen Großstädten entspricht. Ein Großteil dieser Migranten wandert direkt in unsere Sozialsysteme ein und verbleibt dort, wird versorgt und untergebracht und kann sich bereits nach kürzester Frist einbürgern lassen.



In dem Jahr, in dem wir das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes feiern, müssen wir auch feststellen, dass sich eine schleichende Transformation des Staatsvolks, also des Souveräns der deutschen Demokratie, vollzieht; eine höchst bedenkliche Entwicklung, die sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht einmal vorstellen konnten.

Es ist aber nicht der einzige politisch vorangetriebene radikale Umbau, der auf unser ganzes Gemeinwesen zielt und zu tiefgreifenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen führt. Die Überleitung der sozialen Marktwirtschaft von einem Wirtschaftssystem, das für Wachstum und Wohlstand steht, zu einer ökosozialistischen Plan- und Mangelwirtschaft ist Regierungsprogramm. Die fatalen Folgen von »Energiewende«, »Klimaschutz«, E-Auto-Dirigismus und die wieder einmal grassierenden Wahnvorstellung, am deutschen Wesen gleich die ganze Welt genesen zu lassen, schlagen inzwischen mit ungebremsster Wucht auf die Lebenswirklichkeit der Normalbevölkerung durch.

Exodus des produktiven Kerns

Windkraftwahn, CO₂-»Bepreisung« und der unter manipulativer Verdrängung fundierter Gegenargumente durchgepeitschte Atomausstieg haben die Energiepreise in Deutschland auf ein weltweites Rekordniveau getrieben. Der Exodus des produktiven Kerns unserer Wirtschaft ist im vollen Gange; hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie und überzogene Steuern treiben deutsche Unternehmen Woche für Woche in den Stellenabbau, aus dem Land oder in die Insolvenz.

Die Grundlagen des Wohlstands in unserem Land werden zerstört, der produktive Teil der Bevölkerung, der innovative Mittelstand und die gesamte Mittelschicht mit Rekordsteuern zur Kasse gebeten. Kumuliert erreichen die Jahressteuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen bereits mehr als eine Billion Euro. Der deutsche Staat hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Während die Bundesregierung hohe zweistellige Milliardenbeträge für Migration, fragwürdige Projekte der »Entwicklungshilfe«, globale Subventionen und die klientelpolitische Finanzierung ihrer Gesinnungsgenossen aufwendet, zerfallen Infrastruktur und innere Sicherheit, erhalten die Bürger immer weniger an Gegenleistung für die Steuern und Abgaben, die die öffentliche Hand ihnen abverlangt.

Die AfD-Bundestagsfraktion macht beharrlich auf diese Fehlentwicklungen aufmerksam und legt Gegenvorschläge für eine Politikwende vor; und sie warnt eindringlich vor der Eskalationslogik von Kriegsrhetorik und Waffenlieferungen, die das Sterben in der Ukraine verlängern und die Gefahr eines dritten Weltkriegs heraufbeschwören. Für unsere Fraktion steht fest: Jetzt muss verhandelt werden, weil dieser Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann, von keiner Seite (Bundestagsdrucksache 20/5551).

Migrationskrise, Deindustrialisierung, hohe Steuerlasten, Ausverkauf des Wohlstands, wachsende Kriegsgefahr sind das Ergebnis einer falschen Politik, die Probleme, fahrlässig oder vorsätzlich, herbeigeführt und verschärft. Statt Probleme mutig zu lösen, verschanzen sich die Verantwortlichen hinter ihrer Dauerkampagne »gegen rechts«, die an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbeigeht und ihre Nöte und Sorgen ignoriert.

Das Grundgesetz und das Bundesamt für Verfassungsschutz

Eine Regierung, die das Vertrauen der Bürger verloren hat, missbraucht staatliche Machtmittel und Institutionen zusehends zur Meinungskontrolle. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang, der von der Bundesinnenministerin weisungsabhängige Chef des Inlandsgeheimdienstes, erklärt es zu seiner Aufgabe, die Wahlergebnisse einer Oppositionspartei zu drücken und regierungskritische Bürger in den eigens dafür von seiner Behörde 2021 geschaffenen »Phänomenbereich der ›Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates« einzuordnen und mit geheimdienstlichen Mitteln zu verfolgen. Eine besonders bemerkenswerte Interpretation des Freiheitsbegriffs unserer Verfassung.

Dreistellige Millionenbeträge an zweckentfremdeten Steuergeldern fließen unter dem Deckmantel von »Demokratieförderung« und »Kampf gegen rechts« in die Finanzierung ideologischer Hilfstruppen, die als eine Art zweiter öffentlicher Dienst ohne rechtsstaatliche Kontrolle die schwindende Vorherrschaft grün-linker Meinungsmacht stabilisieren sollen (Bundestagsdrucksache 20/10952).

Millionen für ideologische Hilfstruppen

Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet jene, die bei jeder Gelegenheit mit pathetischen Phrasen beteuern, »unsere Demokratie« verteidigen zu wollen, selbst einen totalitären Demokratiebegriff anwenden: »Demokratie« sei gegeben, wenn grüne und linke Auffassungen herrschten.

Als dem Rechtsstaat und dem Grundgesetz verpflichtete politische Kraft sieht es die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auch und gerade im 75. Jubiläumsjahr unserer Verfassung als ihre vornehmste Aufgabe an, sich der Umformung des freiheitlichen Rechtsstaats des Grundgesetzes hin zu einem gelenkten Gesinnungsstaat entschieden zu widersetzen.

Wir werden uns auch künftig nicht von Kampagnen und Diffamierungen beirren lassen. Der friedliche Machtwechsel durch Wahlen ist Kernstück und Prüfstein einer funktionierenden Demokratie. Ob bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2025 oder schon früher – wir sind bereit und entschlossen, zum Besten unseres Landes und seiner Bürger Verantwortung zu übernehmen, um den demokratischen Wandel herbeizuführen.



Wir werden uns auch
künftig nicht von
Kampagnen und
Diffamierungen beirren
lassen.

75 Jahre Grundgesetz

Deutschland steckt derzeit auch in einer Grundrechtskrise. Die AfD-Fraktion zeigt auf, wie die Demokratie durch behutsame Reformen des Grundgesetzes gestärkt werden kann

Unser Grundgesetz wurde im Jahr 1949 zunächst als eine provisorische Regelung der staatlichen Grundordnung geschaffen, die für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gelten sollte. Aus dieser vorläufigen Lösung wurde eine Verfassung, die mittlerweile ihren 75. Geburtstag feiern konnte. Das Grundgesetz bildet die Basis des Zusammenlebens in Deutschland, konstatiert umfassende Grundrechte, beschreibt unseren Staatsaufbau und ist ohne Frage eine Verfassung, auf die man stolz sein

kann. Heute findet sich nur noch etwa die Hälfte der 146 Artikel im ursprünglichen Wortlaut aus dem Jahr 1949 wieder. Insgesamt 67 Änderungsgesetze in 75 Jahren und eine deutliche Erhöhung des Textumfangs zeugen von einer wechselvollen Geschichte, wobei die umfangreichen Änderungen die ursprüngliche Eleganz des Grundgesetzes negativ beeinflusst haben.

Trotz dieser Vielzahl an Änderungen ist der weitere Reformbedarf unübersehbar. Das Grundgesetz hat

bedauerlicherweise im Laufe der Zeit, insbesondere infolge einer zunehmenden Europäisierung und der Übertragung von Souveränitätsrechten an supranationale Institutionen, an Bedeutung verloren. Der Kompetenzgewinn der Europäischen Union stellt einen Substanzverlust für die nationale Demokratie dar, der nicht nur durch die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen an die EU, sondern darüber hinaus durch eine extensive Interpretation der übertragenen Befugnisse seitens des Europäischen Gerichtshofes gekennzeichnet ist.

Aber nicht nur die zunehmende Zurückdrängung des Grundgesetzes stellt dessen Bewährungsfähigkeit immer mehr in Frage. Als das Grundgesetz ausgefertigt wurde, konnte der Verfassungsgeber gewiss nicht vorhersehen, dass Deutschland eines Tages vor Herausforderungen stehen würde, die die Grundfeste unserer Gesellschaft auf die Probe stellen; Herausforderungen wie eine ungesteuerte Migration oder die massiven Angriffe auf die Werte des Grundgesetzes, die mit der übergriffigen Coronapolitik der Bundesregierung einhergingen.

Auch die zu beobachtende Politik- beziehungsweise Parteienverdrossenheit der Bürger stellen den Gesetzgeber vor die Herausforderung, unvermeidbare Änderungen am Grundgesetz vorzunehmen. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine

Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um das Grundgesetz an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Forderung nach mehr Demokratie, eine strikte Trennung der Gewalten und die Beteiligung der Bürger an einem lebendigen Gemeinwesen.

So ist die Einführung direktdemokratischer Elemente ein wichtiger Baustein, um dem enormen Mitbestimmungswillen des Staatsvolks gerecht zu werden. Nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion soll das Volk in Zukunft unter anderem über Grundgesetzänderungen sowie über den Beitritt Deutschlands zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften obligatorisch abstimmen können. Der Bundesregierung soll zudem die Möglichkeit eingeräumt werden, Sachfragen zur Abstimmung zu stellen. Auch ein Volksbegehren wollen wir einführen (Bundestagsdrucksache 20/6274).



Unser Gesetzentwurf

Entwurf eines Gesetzes zur Einfügung von Elementen direkter Demokratie in das Grundgesetz

Drucksache 20/6274

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/062/2006274.pdf>

“
Die im Grundgesetz fehlende Befristung der Amtszeit des Bundeskanzlers hat sich als Mangel erwiesen.
 ”



Die Gewaltenteilung ist ein elementarer Baustein unseres Staatswesens. Die aktuellen Verwässerungen dieses Prinzips sind für uns nicht akzeptabel. Wir fordern daher, die Trennung von Amt und Mandat für die Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages verbindlich im Grundgesetz zu verankern. Aufgabe der Abgeordneten ist es, die Regierung zu kontrollieren – nicht, die Regierung zu bilden. Bei der derzeitigen personellen Verquickung von Abgeordneten, Ministern und Parlamentarischen Staatssekretären ist diese Kontrolle außer Kraft gesetzt.

Zudem hat sich die im Grundgesetz fehlende Befristung der Amtszeit des Bundeskanzlers als Mangel erwiesen. Mit zunehmender Amtsdauer können sich Netzwerke etablieren und finanzielle Abhängigkeiten manifestieren; dies wirkt sich nachteilig auf die Gewaltenteilung aus und ermöglicht eine Monopolisierung von Macht. Die unbefristete Amtszeit schwächt somit die demokratischen Institutionen, unterminiert die Gewaltenteilung so-

wie die demokratischen Verfahren und führt zu einer schwindenden Legitimation des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Für die AfD-Fraktion steht daher fest, dass die Amtszeit des Bundeskanzlers durch eine Änderung des Grundgesetzes dahingehend geregelt werden sollte, dass künftig nur noch eine einzige Wiederwahl zulässig ist (Bundestagsdrucksache 19/8275).

Um die Demokratie zu beleben, sehen wir des Weiteren eine Direktwahl des Staatsoberhauptes vor. Der Bundespräsident soll im Rahmen einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl vom Volk gewählt werden. Hierfür muss Artikel 54 GG entsprechend abgeändert werden. Bei Einführung einer Direktwahl des Bundespräsidenten hätte das Verfassungsorgan der Bundesversammlung keine eigenständige Aufgabe mehr und müsste demzufolge abgeschafft werden. Die Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten sollen nach unserem Willen künftig von jeder Fraktion des Deutschen Bundestages sowie direkt vom Wahlvolk vorgeschlagen werden können (Bundestagsdrucksache 20/198).

Neben der Entpolitisierung der Justiz, die die Abschaffung der Weisungsgebundenheit von Staatsanwälten miteinbezieht, setzen wir uns außerdem für die Aufnahme der deutschen Sprache als Landessprache in das Grundgesetz ein. Der Gebrauch der deutschen Sprache durch alle in Deutschland lebenden Menschen soll staatlich stärker gefördert werden. Das Sprechen einer gemeinsamen Sprache hat eine gemeinschaftsbildende Funktion: Auf diese Weise werden der Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert und verbindende Elemente geschaffen.

Unser Grundgesetz vor ideologischen Angriffen seitens der Klimalobby, der Demokratieverächter und all jener zu schützen, die sich den Staat zur Beute machen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Die AfD-Fraktion ist die einzige Grundrechtsfraktion im Deutschen Bundestag, die sich unermüdlich jeden Tag aufs Neue für den Rechtsstaat, für Gleichheit und Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde stark macht.



Unser Gesetzentwurf

Entwurf eines Dreiundsechzigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers)

Drucksache 19/8275

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/082/1908275.pdf>



Unser Gesetzentwurf

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten)

Drucksache 20/198

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000198.pdf>



Offenkundig ist die Ampelkoalition der Meinung, den deutschen Bürgern keine Antwort schuldig zu sein, wie ihr hart erarbeitetes Steuergeld ausgegeben wird.



Tourismus: Politik auf Abwegen

Kaum eine Branche hatte in den vergangenen Jahren so stark mit politischer Gängelung zu kämpfen wie die Tourismusbranche. Die AfD-Fraktion zeigt die Misstände auf

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich infolge des immer deutlicher werdenden Versagens der amtierenden Bundesregierung im Sinkflug. Die Folgen: Pleitewellen und die Abwanderung von Industrieunternehmen ins Ausland beherrschen tagtäglich die Schlagzeilen. Dass dieses Dilemma selbstverschuldet ist, zeigt sich eindrucksvoll am Beispiel der Tourismusbranche.

Deutsches Steuergeld für alle – nur nicht für Deutschland?

Die UNWTO (gemeint ist hiermit nicht die Welthandelsorganisation WTO, sondern die Welttourismusorganisation, die sich, um Verwechslungen zu vermeiden, seit Kurzem UN Tourism nennt) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in der Deutschland – im Gegensatz zu anderen wichtigen Mitgliedstaaten wie den USA, Großbritannien, Australien und Kanada, das im Jahr 2023 aus der UNWTO ausgetreten ist – seit 1976 Vollmitglied ist. Die Aufgabe der Welttourismusorganisation besteht unter anderem in der Förderung und Entwicklung eines verantwortlichen, nachhaltigen und allgemein zugänglichen Tourismus sowie in der wirtschaftlichen Entwicklung der Urlaubsländer. Eine weitere Zielsetzung der UNWTO besteht im Erreichen der UN-Entwicklungsziele zur Vermeidung von Armut.

Nach Auskunft der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion zur Zwischenbilanz der deutschen Mitgliedschaft in der Weltorganisation für Tourismus in der 20. Wahlperiode (Bundestagsdrucksache 20/10453) gehört Deutschland weltweit zu den fünf größten Beitragszahlern in der UNWTO. Ab 2025 soll Deutschland jährlich Beiträge in Höhe von rund 400.000 Euro an die UNWTO leisten. Für die immer noch drittgrößte Volkswirtschaft der Welt stellt dies kein sonderliches Problem dar; da aber in Deutschland laut den Ampelvertretern dieser Tage scheinbar für alles das Geld fehlt, sodass SPD und Grüne sogar die Schuldenbremse ausbremsen wollen, sollte jede Ausgabe auf den Prüfstand gestellt werden.

Dies gilt insbesondere angesichts der Aussage der Bundesregierung, dass die Welttourismusorganisation jüngst mit der »Agenda für Europa« erstmalig ein Programm aufgesetzt habe, das auch den Tourismus in Europa gezielt unterstützen soll. Einen entsprechenden Arbeitsplan müsse die zuständige Arbeitsgruppe jedoch erst noch ausarbeiten; deshalb könne man keine konkrete Auskunft darüber geben, wieviel Geld in den letzten fünf Jahren durch Projekte der Welttourismusorganisation nach Deutschland zurückgeflossen ist.

Kurios hingegen war die Auskunft der Bundesregierung, dass eine wichtige Steuerungsentscheidung, an der Deutschland im Exekutivrat der Welttourismusorganisation – das Steuerungsgremium, das die Umsetzung des Programms und die Einhaltung des Budgets überwacht – beteiligt war, aus Sicht der Bundesregierung die weitgehende Stabilität des Haushalts gewesen sei. In anderen Worten ausgedrückt: Wir geben Geld für die Mitgliedschaft in einer Organisation aus, um dann im Exekutivrat zu verhindern, dass die Kosten der Mitgliedschaft unverhältnismäßig steigen – ein Paradoxon.

Entwicklungshilfe für Projekte im Ausland verschlingt jährlich dreißig Millionen Euro

Zu den von der deutschen Entwicklungshilfe durchgeführten Projekte gehören auch Entwicklungsprojekte mit tourismuspolitischem Bezug. Hierfür werden pro Jahr etwa 30 bis 35 Millionen Euro aufgewendet. Da es sich um das Geld der deutschen Steuerzahler handelt, sollte auch an dieser Stelle die Effektivität des Mitteleinsatzes hinterfragt werden. Wie bereits bei der Nachfrage zur UNWTO teilte die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion »Effektivität der Entwicklungs-

zusammenarbeit im Tourismus« (Bundestagsdrucksache 20/10596) mit, dass sie keine Angaben zu Besuchen der deutschen Auslandsvertretungen zum Zwecke der Erfolgskontrolle bei Entwicklungsprojekten mit tourismuspolitischem Bezug machen könne. Es ist also unklar, ob ein derartiges Entwicklungsprojekt jemals von einem Botschaftsmitarbeiter besucht wurde, um dessen Erfolg zu bewerten. Auch das bundeseigene Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit sei laut Aussage der Bundesregierung nicht für eine Vor-Ort-Überprüfung der Projektziele zuständig. Die Frage, ob Entwicklungsprojekte mit tourismuspolitischem Bezug vom Partnerland nach Beendigung der finanziellen Förderung durch Deutschland weitergeführt wurden oder ob die Partnerländer zu den mindestens 338 Projekten dieser Art in den letzten zehn Jahren einen Eigenbeitrag zum Projekterfolg beigetragen haben, wollte die Bundesregierung mit der fadenscheinigen Begründung, dass der Arbeitsaufwand zur Ermittlung der Antwort zu hoch sei, nicht beantworten. Offenkundig ist die Ampelkoalition der Meinung, den deutschen Bürgern keine Antwort schuldig zu sein, wie ihr hart erarbeitetes Steuergeld ausgegeben wird.

Die deutsche Tourismusbranche endlich in den Mittelpunkt stellen

Deutschland gibt im Rahmen der Tourismuspolitik viel Geld aus, ohne dass die heimische Tourismuswirtschaft davon nachweislich profitiert. Notwendige Maßnahmen zur Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens der in der Gastronomie, in der Freizeitwirtschaft und im Beherbergungsgewerbe Beschäftigten in Deutschland – wie die Beibehaltung der verminderten Mehrwertsteuer in der Gastronomie – bleiben aus. Wir müssen endlich wieder die Menschen in den Mittelpunkt rücken, die bei uns im Tourismus ihren Lebensunterhalt verdienen und hierzulande Steuern zahlen – und verhindern, dass in Zukunft weiterhin deutsches Steuergeld unkontrolliert im Ausland versickert.



Unsere kleine Anfrage

Zwischenbilanz der deutschen Mitgliedschaft in der Weltorganisation für Tourismus

Drucksache 20/10453

<https://dservver.bundestag.de/btd/20/104/2010453.pdf>

Menschenrechte – auch für Deutsche

Deutsche Staatsbürger werden ungeniert verunglimpft, ohne dass sich Politik und Medien darüber empören. Die AfD-Fraktion will das ändern und fordert gleiche Menschenrechte für alle – auch für Deutsche

Lange ist es her. »Menschenrechte für alle Deutschen!« – mit diesem Slogan bekannte sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag im Jahr 1977 zur Geltung der Menschenrechte auch für die Deutschen Bürger im Osten und damit zum Auftrag der Wiedervereinigung des Landes. Heute erscheinen solche Aussagen im Bundestag undenkbar. Um die Menschenrechte ist es in Deutschland mittlerweile schlecht bestellt: Die Grundrechte von Bürgern, der Opposition, von Andersdenkenden werden eingeschränkt, Presse und Justiz politisiert.

Angriffe auf die Opposition

Politiker der Ampelregierung, ebenso Politiker der größten Oppositionsfraktion CDU wie auch exponierte Pressevertreter, ziehen zur Bekämpfung der einzigen echten Oppositionspartei, die für die Wahrung der Grundrechte in Deutschland eintritt, alle Register. »Dunkeldeutschland«, »brauner Sumpf«, »AfD-Verbot« – mit diesen Äußerungen wird seit jeher versucht, die AfD zu verunglimpfen und klein-zukriegen.

Hierbei agitieren staatliche Organe neuerdings gegen unliebsame Äußerungen sogar »unterhalb der Strafbarkeitsgrenze«, wie es im entlarvenden Jargon von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und dem ihr unterstellten Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang (CDU) tönt. Regierungsfinanzierte Programme wie »Demokratie le-

ben!« beschwören Massendemonstrationen gegen die Opposition herauf – und zur Unterstützung der Regierung. Es sind veritable Staatskundgebungen wie in der damaligen Deutschen Demokratischen Republik, die einer »Demokratie neuen Typs« Vor-schub leisten.

Auch hier spielt die CDU-Fraktion wiederum eine unrühmliche Rolle. In ihrem Bestreben, sich dem grünen Zeitgeist anzupassen, stimmt sie der fortwährenden Erweiterung des Menschenrechtsbegriffs zu: Alles Begehrens- und Wünschenswerte wird zum Menschenrecht erklärt; die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte werden den klassischen Freiheitsrechten – Wahlrecht, körperliche Unversehrtheit, Meinungsfreiheit – gleichgestellt.

Im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist diese »Demokratie neuen Typs« unmittelbar präsent. Während die Vertreter der Altparteien unentwegt die Harmonie und Kollegialität untereinander öffentlich bekunden, bringen sie ihre Abneigung gegenüber der AfD-Fraktion bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck. So werden sämtliche Initiativen der AfD-Fraktion von vornherein abgelehnt; dies gilt ebenfalls für die von der AfD-Fraktion benannten Sachverständigen, obwohl es sich bei ihnen um Gäste des Deutschen Bundestages handelt.





Unser Antrag

Christenverfolgung stoppen und sanktionieren

Drucksache 19/1698

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/016/1901698.pdf>



Unser Antrag

Einführung eines Internationalen Tages gegen die Christenverfolgung

Drucksache 20/5368

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005368.pdf>

Die AfD-Fraktion ist zudem die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die sich vehement für die Verteidigung unserer westlichen Werte einsetzt. Das Thema Christenverfolgung beispielsweise wird seit Langem nur noch von der AfD-Fraktion thematisiert. Bereits im März 2018 wies unser Arbeitskreis für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit dem Antrag »Christenverfolgung stoppen und sanktionieren« (Bundestagsdrucksache 19/1698) auf diesen Umstand hin; in anderen Anträgen wurde der Christenverfolgung in Pakistan und Nigeria nachgegangen.

Angriffe auf unsere westlichen Werte

Die Debatten zu diesem Thema laufen indes immer nach demselben Muster ab: Die AfD-Fraktion hebt hervor, dass Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgruppe sei und eine große Unwissenheit darüber herrsche – auch aufgrund der Nichtbeachtung dieses Themenkomplexes seitens der Medien. Auf unsere begründete Aussage hin, dass die Täter überwiegend Muslime seien, kontern dann die Vertreter der Altparteien, man dürfe die einzelnen »Gruppen nicht gegeneinander ausspielen« (was immer das bedeuten mag); stattdessen zeige sich in dieser Argumentation die ganze Menschenfeindlichkeit der AfD-Fraktion.

In einem weiteren Antrag forderte die AfD-Fraktion die Einführung eines internationalen Tages gegen die Christenverfolgung (Bundestagsdrucksache 20/5368). Hier schlug die Empörung besonders hohe Wellen. Dass Aggressionen gegen Christen – von Störungen von Gottesdiensten, Sachbeschädigungen in und an Kirchen über Anfeindungen auf Schulhöfen als »Schweinefleischfresser« bis hin zur Zerstörung von Kirchen und Mord an Priestern – die Symptome eines Wandels in der spirituellen Verfasstheit Europas sind, wurde von den Altparteien rundweg geleugnet. Dabei steht dies unbestreitbar im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Islam

und dessen Dominanzanspruch im Westen. Auch bei diesem Antrag, so hieß es, zeige die AfD nur ihr menschenfeindliches Gesicht.

So geht es zu in der entstehenden »Demokratie neuen Typs«: Debatten werden verächtlich gemacht, wenn nicht gar kriminalisiert. Zu diesem Zweck werden eigens Gesetze geändert – wie die Ausdehnung des Volksverhetzungsparagrafen 130 und die Erfindung der »verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates« – sowie Meldeportale für den gemeinen Bürger eingerichtet, damit dieser seinen Nachbarn »verpetzen« kann. Gerade erst hat die Bundesregierung eine »Strategie gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus« beschlossen. Darin sind Maßnahmen zur »Beobachtung und Repression« geplant, einschließlich der Vorratsdatenspeicherung von unliebsamen Meinungsäußerungen im Netz.

Angriffe auf unsere Meinungsfreiheit

Infolge all dieser unsäglichen Entwicklungen trauen sich viele Deutsche nicht mehr, frei und offen ihre Meinung zu äußern. Die zunehmende Verengung des Meinungskorridors ist ein Symptom für die schleichende Transformation und Einschränkung der freiheitlichen Demokratie – frei nach dem Motto des Kommunisten Walter Ulbricht: »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«

Wer, wie die AfD-Fraktion, die Probleme benennt, ist in den Augen der Regierung kein Demokrat. Was die Altparteien jedoch offensichtlich verkennen, ist, dass echte Demokratien sich gerade durch die Existenz einer Opposition auszeichnen – einer frei und uneingeschränkt handelnden Opposition. Gegenwärtig ist die AfD-Fraktion die einzige Fraktion und Opposition im Deutschen Bundestag, die sich für den Grundsatz »Menschenrechte für alle Deutschen« stark macht.

— “ —
Die AfD-Fraktion hebt hervor, dass Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgruppe sind.
 — ” —



Deutschland liefert sich selbst aus

Mit dem Lieferkettengesetz entsteht ein enormer Schaden für die deutsche Wirtschaft. Wie es anders gehen kann und dennoch Menschen geschützt werden, zeigt die AfD-Fraktion

Erst im letzten Jahr verabschiedete die Ampelkoalition das sogenannte Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, kurz LkSG. Seit 2024 ist eine nochmals verschärfte Variante des Gesetzes in Kraft getreten. Galten die strikten Vorschriften des stark umstrittenen LkSG zunächst »nur« für größere deutsche Unternehmen mit mindestens 3000 Mitarbeitern, so wurde in diesem Jahr das LkSG drastisch auf weitere Firmen ausgeweitet: Unternehmen mit mindestens 1000 Mitarbeitern im Inland, die in globale Lieferketten eingebunden sind, müssen nun dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (kurz BAFA) nachweisen, dass in ihren globalen Lieferketten keinerlei Menschen-

rechte verletzt und die Richtlinien zum Umweltschutz umgesetzt wurden.

Das LkSG gilt für Unternehmen, die ihre Hauptverwaltung, ihre Hauptniederlassung, ihren Verwaltungssitz, ihren satzungsmäßigen Sitz oder eine Zweigniederlassung in Deutschland haben. Das BAFA kann bei Verletzungen der Pflichten gemäß dem Gesetz hohe Bußgelder gegen Unternehmen verhängen. Die Behörde verfolgt einen risikobasierten Ansatz, der von der Plausibilisierung von Hinweisen über vertiefte Prüfungen bis hin zu Ortsterminen im Ausland reicht.

Auch wenn bis jetzt noch keine offiziellen Zahlen zu den bei deutschen Unternehmen entstandenen finanziellen Einbußen vorliegen, die auf die Umsetzung des LkSG zurückzuführen sind, so ist doch offenkundig, dass deutsche Unternehmen aufgrund dieses Gesetzes höhere Kosten tragen müssen und dadurch im Wettbewerb mit Firmen in anderen Ländern benachteiligt sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Länder der Konkurrenten am Markt keine dem LkSG entsprechenden Gesetze haben.

Das LkSG bedroht das Wachstum unserer Wirtschaft in vielerlei Hinsicht. Es besteht beispielsweise die Gefahr, dass Unternehmen ihre Produktion oder Beschaffung in Länder mit weniger strengen Vorschriften verlagern, was zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Deutschland führen würde. Das LkSG in seiner jetzigen Ausgestaltung erschwert deutschen Unternehmen, flexibel auf sich ändernde Marktbedingungen zu reagieren. Innovation und Anpassungsfähigkeit wären damit stark beeinträchtigt.

Ob den Menschen in den Ländern, die in die Wertschöpfungskette eingebunden sind, mit diesem Gesetz tatsächlich geholfen wird, ist mehr als fraglich. Denn durch die Selbstauflegung des LkSG werden ausländische Unternehmen indirekt im Wettbewerb gestärkt, während deutsche Unternehmen

bestimmte von der Bundesregierung gesetzte Menschenrechts- und Umweltstandards mit erhöhten Kosten umsetzen müssen. Chinesische Unternehmen können auf diese Weise von niedrigeren Produktionskosten und Arbeitskosten in globalen Lieferketten profitieren. China verfügt über eine breite Palette von Zulieferern; dies verschafft chinesischen Unternehmen einen Vorteil gegenüber deutschen Firmen. Chinesische Unternehmen verfügen dadurch über mehr Verhandlungsmacht gegenüber ihren Lieferanten und können bessere Konditionen aushandeln.

Wie eine nachhaltige Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik gegenüber Ländern in Afrika aussieht, zeigt die AfD-Fraktion mit dem Antrag »Teilhabe vor Ort schaffen – Afrikas Leistungsfähigkeit stärken durch kontinentale Wertschöpfung anstelle von globalen Lieferketten« (Drucksache 20/3269). Die Lockdown-Krise mit ihren abgerissenen Lieferketten hat uns gezeigt, wie eine globale Vernetzung auch globale Abhängigkeiten schafft. Unser Konzept sieht vor, vor allem die kontinentale und regionale Wertschöpfung der Entwicklungspartner zu stärken. Das wäre eine echte, nachhaltige Entwicklungspolitik, die weitere Abhängigkeiten in den zu unterstützenden Ländern verhindert und die deutsche Wirtschaft international nicht aufs Abstellgleis führt.

“
Das Gesetz bedroht das Wachstum unserer Wirtschaft in vielerlei Hinsicht.
 ”



Unser Antrag

Teilhabe vor Ort schaffen – Afrikas Leistungsfähigkeit stärken durch kontinentale Wertschöpfung anstelle von globalen Lieferketten

Drucksache 20/3269

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003269.pdf>

Kulturkampf in unseren Städten

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – so gehen Politik und Medien mit der Herausforderung eines »Kalifats« in Deutschland um. Die AfD-Fraktion will nicht tatenlos zusehen und spricht Klartext

«Allahu Akbar» – »Gott ist groß« – ruft der Redner immer wieder ins Publikum, »Allahu Akbar« schallt es aus der Menge zurück. Dazu reißen die hauptsächlich jungen Männer ihren rechten Arm mit dem ausgestreckten Zeigefinger, dem islamischen »Tauhid-Finger«, in die Höhe. Die radikalislamische Gruppierung »Muslim Interaktiv« hatte am 27. April 2024 zu einer Demonstration in Hamburg aufgerufen und mehr als tausend Anhänger kamen. An ihren Zielen lassen Redner und Teilnehmer der Demonstration keinen Zweifel: »Kalifat ist die Lösung« ist auf den Schildern zu lesen, die von den Teilnehmern hochgehalten werden, oder »Nein zur Wertediktatur«. »Stoppt die Wertediktatur« lautet dann auch ein immer wiederkehrender Ruf des Redners, den die Menge frenetisch wiederholt. Der Begriff »Wertediktatur« zielt auf das Grundgesetz, die Geltung von Demokratie und allgemeinen Menschenrechten, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. In dem vom Redner und den Teilnehmern ersehnten Kalifat, einem islamischen Gottesstaat, wären diese Grundwerte abgeschafft.

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg beobachtet die Gruppierung Muslim Interaktiv (MI) als gesichert extremistische Bestrebung, wie in dessen Bericht aus dem Jahr 2022 zu lesen ist, und rechnet sie der schon im Jahr 2003 verbotenen islamistischen Bewegung »Hizb ut-Tahrir« (HuT) zu, die in einem weltweiten Kalifat auf Basis der Scharia die einzig richtige Gesellschafts- und Staatsform sieht und zur Erreichung dieses Ziels auch den Einsatz von Gewalt nicht ausschließt. Muslim Interaktiv verzeichnet laut dem LfV Hamburg »sowohl bei ihren realweltlichen Veranstaltungen als auch in den sozialen Medien eine kontinuierliche Steigerung ihres Verbreitungsgrades, insbesondere bei der jüngeren Generation der muslimischen Community«. Dies zeigt sich exemplarisch daran, dass sich bei einer erneuten Kundgebung von Muslim Interaktiv nur zwei Wochen später am 11. Mai 2024 die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer mit

rund 2300 Personen bereits verdoppelt hatte. Die Gruppierung Muslim Interaktiv bildet indes nur die Spitze eines Eisbergs. Die Zahl der Anhänger islamistischer Gruppierungen wächst, insbesondere durch die millionenfache ungesteuerte Masseneinwanderung aus islamischen Ländern nach Deutschland seit dem Jahr 2015, unaufhörlich weiter. Zwar ist die Mehrheit der hier lebenden Muslime nicht dem fundamentalen Islam zuzurechnen; den Islamisten steht jedoch allein durch die enorme Anzahl an eingewanderten jungen muslimischen Männern, die in einem islamischen Land aufgewachsen sind und dort entsprechend geprägt wurden, ein sehr großes Rekrutierungspotential zur Verfügung. Überdies zeigen die Ergebnisse einer Studie aus Niedersachsen, in deren Rahmen Schüler im Alter von etwa 15 Jahren befragt wurden, dass selbst ein großer Teil von in Deutschland aufgewachsenen jungen Muslimen islamistische Ansichten äußert. So hielten gemäß dieser Studie 67,8 Prozent der befragten jungen Muslime die Regelungen des Korans für wichtiger als die deutschen Gesetze, 35 Prozent hatten Verständnis für Gewalt gegenüber jenen, die den Islam beleidigen, 18,1 Prozent betrachteten Gewalt bei der Durchsetzung und Verbreitung des Glaubens als akzeptables Mittel und 45,8 Prozent hielten einen islamischen Gottesstaat gar für die beste Staatsform.

Trotz dieser gefährlichen Entwicklung für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat wie auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland fördert die Bundesregierung die weitere Einwanderung aus dem arabisch-islamischen Raum. Das Auswärtige Amt erklärt unter anderem in den sozialen Medien – in arabischer



Sprache –, wie leicht man den deutschen Pass bekommen könne. Hierfür wird auf das neue Staatsbürgerschaftsrecht verwiesen, das von der Ampelregierung initiiert wurde und ab dem 26. Juni 2024 für alle gilt, die Deutsche werden wollen. Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerbe, könne demnach seine bisherige Staatsangehörigkeit behalten. Auch auf die bald mögliche »Turbo-Einbürgerung« nach nur drei Jahren wird konkret hingewiesen.

Hierbei blendet die Bundesregierung aus, dass sich seit dem grauenhaften Massaker der Hamas an israelischen Zivilisten am 7. Oktober 2023 mit über 1200 Toten und 240 verschleppten Geiseln sowie der anschließenden militärischen Operation Israels im Gaza-Streifen die Situation im Hinblick auf Islamismus und Antisemitismus in Deutschland noch einmal erheblich verschärft hat. Die Haltung der Bundesregierung ist angesichts der klaren Äußerungen ihrer eigenen Sicherheitsbehörden umso unverständlicher. In einer Presseinformation des Bundesverfassungsschutzes von 29. November 2023 heißt es: »Innerhalb der islamistischen Szene wurden und werden die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Geschehnisse emotional aufgegriffen und erwartungsgemäß mit Solidaritätsbekundungen mit dem

palästinensischen Volk und anti-israelischen Haltungen begleitet«. Neu sei zudem die »Sogwirkung der Morde der Hamas und des Gaza-Krieges über die regional aktiven Hamas und Hizb Allah hinaus auf Terrororganisationen des panislamisch, also auf ein weltweites Kalifat hin, orientierten Terrorismus.« Trotz der Gegensätzlichkeit beispielsweise des »Islamischen Staates« zur Hamas und der schiitisch geprägten Hizb Allah bilde »der Antisemitismus einen gemeinsamen Nenner, der sich unmittelbar auch auf die Sicherheitslage in Europa und in Deutschland auswirkt.« Der Bundesverfassungsschutz schließt seinen Bericht mit dem nüchternen Fazit: »Das Gefahrenpotenzial für mögliche Terroranschläge gegen jüdische und israelische Personen und Einrichtungen sowie gegen »den Westen« insgesamt ist in der Folge deutlich angestiegen.«

Die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland weist schon seit Jahren auf die wachsende Gefahr des Islamismus in Deutschland hin und fordert mit einer Reihe von Initiativen, die sie in den Bundestag eingebracht hat, dessen entschlossene Bekämpfung. So fordert die Fraktion in einem aktuellen Antrag, die islamistische Gruppierung Muslim Interaktiv endlich zu verbieten (Bundestagsdrucksache 20/11372). Deren aggressiver Auftritt

bei ihren Großdemonstrationen in Hamburg stelle nichts anderes als einen unverhohlenen Machtanspruch dar. In Syrien und im Irak sei der Islamische Staat von einer großen Militärallianz entschlossen bekämpft worden, während mitten in Deutschland Anhänger derselben Kalifats-Idee unbehelligt aufmarschieren und ihre Macht demonstrieren dürften. Das sei nur möglich, weil große Teile von Politik und Medien »völlig den Verstand verloren« hätten, urteilt der Erste parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Bernd Baumann.

In einem weiteren aktuellen Antrag der Fraktion wird auf die Notwendigkeit eines breiten Maßnahmenpakets gegen islamistische Organisationen aufmerksam gemacht (Bundestagsdrucksachen 20/11372, 20/11372). Demzufolge sollen ein detailliertes Lagebild zur Tätigkeit islamistischer Organisationen erstellt sowie weitere Verbote islamistischer Organisationen – wie das Verbot der »Muslimbruderschaft« (MB) in Deutschland mit samt ihrem Netzwerk von Organisationen und Vereinen, das Verbot des »Islamischen Zentrums Hamburg« (IZH) und das Verbot der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« – zeitnah umgesetzt werden. Darüber hinaus wird in dem Antrag gefordert, neben weiteren Maßnahmen auch das von der AfD-

Fraktion bereits in der Vergangenheit vorgeschlagene Maßnahmenpaket zur Austrocknung der Finanzierung des Islamismus in die Tat umzusetzen (Bundestagsdrucksache 20/1020).

Die Bekämpfung des gefährlichen und verfassungsfeindlichen Islamismus kann nur gelingen, wenn sowohl staatliche Maßnahmen gegen dessen Akteure und gegen die Ausbreitung des Islamismus in Deutschland ergriffen werden als auch die ungesteuerte Masseneinwanderung konsequent unterbunden wird. Für diesen Gleichklang einer Politik, die sich allein am Wohl unseres Landes und seiner Bürger orientiert, setzt sich die AfD-Fraktion seit Beginn ihres Wirkens mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen im Deutschen Bundestag ein und wird diesen Weg auch in Zukunft unbeirrt fortsetzen (Bundestagsdrucksachen 20/9151, 20/3946, 20/8738, 19/10624).



Unser Antrag

Verbot des Vereins Muslim Interaktiv

Drucksache 20/11372

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011372.pdf>

“
**An ihren Zielen lassen
 Redner und Teilnehmer der
 Demonstration keinen Zweifel:
 »Kalifat ist die Lösung« ist auf
 den Schildern zu lesen.**
 ”

**Kalifat
 ist
 die
 Lösung**

Wirksame Mittel gegen Politikverdrossenheit

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, Petitionen mehr Gewicht zu verleihen

Das Grundgesetz ist in Artikel 20 Absatz 2, der die Ausübung der Demokratie regelt, eindeutig: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Die Möglichkeit zur Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene – so wie es das AfD-Grundsatzprogramm vorsieht – besteht auf Verfassungsebene also bereits seit 75 Jahren.

Als AfD-Fraktion setzen wir uns seit unserem Einzug in den Bundestag 2017 konsequent für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene ein. Leider scheinen die Altfraktionen weiterhin Angst davor zu haben, Angst vor den Entscheidungen des eigenen Volkes. Auch um diese Ängste abzubauen, plädieren wir im Petitionsausschuss mit unserem Antrag »Bürgerstunde im Bundestag für Petitionen mit 100.000 Mitzeichnern einführen« (Bundestagsdrucksache 20/8529) dafür, Massenpetitionen einen höheren Stellenwert zu geben und Petitionen mit ausreichend Mitzeichnungen im Plenum des Bundestages obligatorisch zu beraten. Angesichts der Tatsache, dass derzeit Petitionen ungeachtet der Anzahl von Mitzeichnungen im Plenum faktisch nicht beraten werden, betrachten wir diese Option als einen ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung – in Richtung einer direkten Demokratie.

Derzeit besteht die Möglichkeit zur Beratung von Masseneingaben gemeinsam mit den Initiatoren einer Petition in den öffentlichen Anhörungen des Petitionsausschusses bei einer Anzahl von mindestens 50.000 Mitzeichnern. Wir ermutigen nachdrücklich alle Bürger, diese bis dato wenig bekannte Möglichkeit zu nutzen und Petitionen in ihrem Sinne auf dem Online-Petitionsportal des Bundestages zu unterzeichnen oder eigene Petitionen einzureichen.

Bürgerstunden im Plenum sind demokratischer als »Bürgerräte«

Wir verstehen die Bürgerstunde – wie in unserem Antrag gefordert – als einen richtigen Schritt zum Ausbau der direkten Demokratie auf Bundesebene, aber auch als Gegenprogramm zu den von der Ampelkoalition bevorzugten sogenannten »Bürgerräten«.

Der Vorteil von Petitionen gegenüber dieser Form der Bürgerbeteiligung ist, dass sich hier nicht nur wenige zufällig ausgewählte Bürger beteiligen dürfen. Hinzu kommt, dass die Bürgerräte von sogenannten »Experten« geleitet werden, die im Gegensatz zu den Bürgern nicht zufällig ausgewählt werden. Diese Experten entgegnet oftmals den dort vorgetragenen Anliegen lapidar – und im Sinne der

“
Die Einführung von Bürgerstunden im Plenum könnte dazu beitragen, den Bundestag bürgernäher zu gestalten.
”

Mehrheitsfraktionen –, dass es keine einfachen Lösungen gebe. Aus unserer Sicht will der Bürger aber nicht belehrt, sondern an den politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden.

Die Einführung von Bürgerstunden im Plenum könnte dazu beitragen, den Bundestag bürgernäher zu gestalten, die Politikverdrossenheit zu senken und die Bedeutung von Petitionen zu steigern. Zudem ist die mediale Aufmerksamkeit bei Plenardebatten wesentlich höher als bei öffentlichen Sitzungen des Petitionsausschusses.

Unabhängig von der Einführung einer Bürgerstunde fordert die AfD-Bundestagsfraktion natürlich auch weiterhin und mit aller Konsequenz die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell – frei nach dem Motto Willy Brandts: »Wir wollen mehr Demokratie wagen!«



Unser Antrag

Bürgerstunde im Bundestag für Petitionen mit 100.000 Mitzeichnern einführen

Drucksache 20/8529

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/085/2008529.pdf>



“
Deutschland sollte sich im eigenen Interesse zusammen mit Indien für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einsetzen.
 ”

Aufsteigende Großmacht

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für einen Ausbau der deutsch-indischen Partnerschaft im 21. Jahrhundert ein

Indien ist eine zunehmend selbstbewusste Großmacht, die in den nächsten Jahren zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen wird und im vergangenen Jahr China als bevölkerungsreichstes Land der Welt abgelöst hat. Indien stellt seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1947 seine strategische Autonomie in den Vordergrund und verfolgt zuerst seine nationalen Interessen. Diese außenpolitische Konzeption kann Deutschland als Vorbild dienen. Unter Premierminister Modi verfolgt Indien seit 2014 eine Politik des multilateralen Engagements, die stets auf die Wahrung der eigenen strategischen Autonomie achtet. Indien will kein Objekt, sondern ein Subjekt der Geopolitik sein. Für die Bundesrepublik ist Indien ein strategischer Partner, zu dem Deutschland nach Ansicht der AfD-Fraktion unter den Bedingungen einer zunehmend multipolaren Weltordnung seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen ausbauen sollte (Bundestagsdrucksache 20/11625).

Im deutschen Interesse wäre es, die indischen Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg zu unterstützen. Indien, das wie kein zweites Land weltweit sowohl über gute Beziehungen zum Westen als auch zu Russland verfügt, eignet sich wie kaum ein anderer Staat zum Vermittler. Während in der Ukraine der größte Landkrieg in Europa seit 1945 tobt, eskaliert im Indo-Pazifik die Lage. US-Experten wie Josef Braml warnen schon vor einem Dritten Weltkrieg. Deutschland sollte sich im eigenen Interesse zusammen mit Indien für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einsetzen, flankiert durch die Gründung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen nach dem Vorbild der damaligen KSZE (heute OSZE).

Nicht zuletzt sollte Deutschland den indischen Wirtschaftsaufschwung endlich als Chance wahrnehmen. Indien ist längst kein Entwicklungsland mehr, das auf Entwicklungshilfe angewiesen ist.

Dies hat die erfolgreiche indische Mondlandung im August vergangenen Jahres eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz, die EFTA (die Freihandelszone unter Beteiligung Norwegens und der Schweiz) oder Großbritannien haben bereits Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Indien abgeschlossen oder stehen kurz davor. Daher muss die Bundesregierung für einen schnellen Abschluss des Freihandels- und Investitionsschutzabkommens zwischen Indien und der EU – ohne überzogene umwelt- und menschenrechtliche Standards – eintreten, um mehr Investitionen in den größten Binnenmarkt der Welt zu tätigen und die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren. Indien ist ein Zukunftsmarkt, dessen Wachstum im vergangenen Jahr höher als das chinesische lag.

Deutschland sollte nicht die Augen vor den Chancen einer multipolaren Weltordnung verschließen. Oder wie es ein indisches Sprichwort sagt: Wenn du den Hahn auch einsperst, die Sonne geht doch auf.

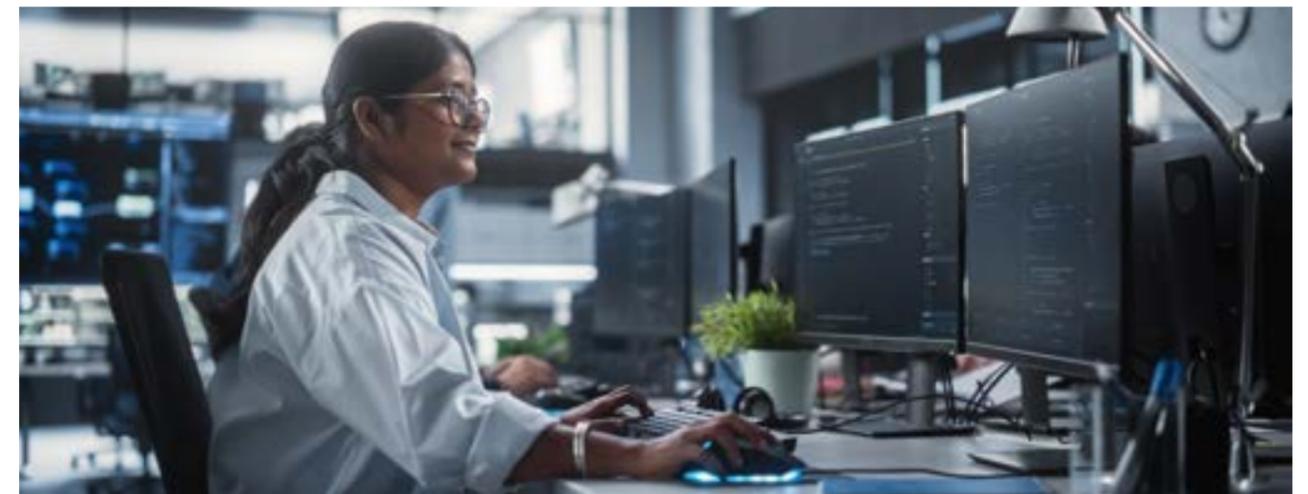


Unser Antrag

Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert

Drucksache 20/11625

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011625.pdf>





IMPRESSUM

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juni 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>

